

Laibacher Zeitung.

Nr. 1. **Mittwoch, 2. Jänner** **1867.**

Ämtlicher Theil.
Finanzgesetz für das Jahr 1867 vom 28. December 1866,
giltig für das ganze Reich.
Auf Grund Meines Patentes vom 20. September 1865 finde Ich nach Anhörung Meines Ministerrathes zu verordnen, wie folgt:
Art. I. Die gesammten Staatsausgaben für das Verwaltungsjahr 1867 sind auf 433,896.000 fl. ö. W. festgesetzt.
Art. II. Die für die einzelnen Zweige der Verwaltung bewilligten, nach Capiteln und Titeln vertheilten Ausgabescrédite enthält der erste Theil des als Beilage nachfolgenden Staatsvoranschlags.
Diese Ausgabescrédite dürfen in der Regel innerhalb der Capitel des Finanzgesetzes und ohne Rücksicht auf die einzelnen Titel so wie auf die Sonderung für das ordentliche und außerordentliche Erforderniß verwendet werden.
Dagegen haben die für den Etat des Finanzministeriums, Capitel 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 32, 34 und 35 bewilligten Ausgabescrédite mit den für die einzelnen Titel festgesetzten Beträgen und zu den in diesen Titeln bezeichneten Zwecken, jedoch ohne Rücksicht auf die Sonderung für das ordentliche und außerordentliche Erforderniß, in Verwendung zu kommen.
Art. III. Zur Bestreitung der im Art. I. bewilligten Staatsausgaben werden die im zweiten Theile des nachfolgenden Staatsvoranschlags mit der Summe von 407,297.000 fl. festgesetzten Einnahmen der directen Steuern, indirecten Abgaben und der sonstigen Einkommenszweige des Staates bestimmt.
Art. IV. Zur Erreichung der im Art. III festgesetzten Summe der Staatseinnahmen haben insbesondere nachstehende Bestimmungen zu gelten:
1. Der zufolge der kaiserlichen Verordnung vom 13. Mai 1859, Nr. 88 R. G. B., bestehende außerordentliche Zuschlag wird für das Verwaltungsjahr 1867 wie im Vorjahre:
a. bei der Grundsteuer mit $\frac{1}{12}$,
b. bei der Hauszinssteuer mit $\frac{1}{8}$,
c. bei der Hausclassesteuer mit $\frac{1}{4}$,
d. bei der Erwerbsteuer mit $\frac{2}{5}$ und
e. bei der Einkommensteuer mit $\frac{2}{5}$
des Ordinarium bemessen und eingehoben.
f. die von den Zinsen der Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen zu entrichtende Einkommensteuer wird wie im Vorjahre mit sieben Percent bemessen und eingehoben.
Die Bestimmungen des Art. IV, Abtheilung 1 zu lit. g des Gesetzes vom 29. Februar 1864, Nr. 14 R. G. B., in Betreff der Art der Einhebung der unter lit. f bezeichneten erhöhten Einkommensteuer bleiben auch für das Verwaltungsjahr 1867 in Kraft.
2. Die durch das Gesetz vom 13. December 1862, Nr. 89 R. G. B., und beziehungsweise durch das Gesetz vom 29. Februar 1864, Nr. 20 R. G. B., bestimmten Aenderungen zu den Gesetzen vom 9. Februar und 2ten August 1850 in Betreff der Stempel und unmittelbaren Gebühren, so wie
3. die Erhöhung der Verzehrungssteuer von Zucker aus inländischen Stoffen in demselben Ausmaße, wie selbe mit dem Gesetze vom 29. October 1862, Nr. 75 R. G. B., eingeführt wurde, haben für die Dauer des Verwaltungsjahrs 1867 fortzubestehen.
Art. V. Zur Bedeckung des aus der Vergleichung der gesammten Staatsausgaben von 433,896.000 fl. mit den gesammten Staatseinnahmen von 407,297.000 fl. sich ergebenden Abganges von 26,599.000 fl. so wie der aus dem Dienste des Vorjahres noch zu bestreitenden Ausgaben von 51,034.000 fl. sind jene Geldmittel im Gesamtbetrage von 79,495.000 fl. zu verwenden, welche aus den auf Grund der Gesetze vom 5. Mai, 25. Mai und 25. August 1866 eingeleiteten Creditsoperationen der Finanzverwaltung noch zur Verfügung stehen.
Art. VI. Mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes ist der Finanzminister beauftragt.
Wien, am 28. December 1866.
Franz Joseph m. p.
Belcredi m. p. Larisch m. p.
Auf Allerhöchste Anordnung:
Bernhard Ritter v. Meyer m. p.

(Folgt nun der Staatsvoranschlag für die Jahre 1867 und 1868, aus welchem wir nachstehend die Hauptziffern entnehmen: Verwaltungsjahr 1867: I. Erforderniß. Ordentliches: 382 Mill. 850.000 fl. Außerordentliches: 51,046.000 fl. Summe 433,896.000 fl. II. Bedeckung. Ordentliche: 378 Mill. 355.000 fl. Außerordentliche: 28,942.000 fl. Summe 407,297.000 fl.)
Mit Allerhöchster Genehmigung wird der auf das Finanzgesetz vom 28. December 1866 Bezug nehmende allerunterthänigste Vortrag des Finanzministers hiemit veröffentlicht:
Allerunterthänigster Vortrag des treuehorsaamen Finanzministers Grafen Larisch-Mönnich,
mit welchem der Entwurf des Finanzgesetzes sammt Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1867 der Allerhöchsten Genehmigung unterbreitet wird.
Allergnädigster Herr!
In der Anlage erlaube ich mir, Ew. Majestät mit Berufung auf das Allerhöchste Patent vom 20. September 1865 und mit Zustimmung des Ministerrathes den Entwurf des Finanzgesetzes sammt Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1867 zur Allerhöchsten Genehmigung in tiefster Ehrfurcht vorzulegen.
Das Finanzjahr, welches hiemit die gesetzliche Regelung erhalten soll, beginnt unter den schwierigsten Verhältnissen; es folgt unmittelbar auf die unglückliche Kriegsepoche und coincidirt mit der Periode des Ueberganges zu einer staatsrechtlichen Neugestaltung, welche zugleich die Lösung der wichtigsten finanziellen Fragen in sich schließt.
Ich habe mir zur besonderen Pflicht gemacht, nicht nur dem Staatsvoranschlage für das Jahr 1867 in allen seinen Theilen die genaueste und gewissenhafteste Prüfung zuzuwenden, sondern auch ohne Rückhalt und ferne von Uebertreibung günstiger oder ungünstiger Factoren, ein möglichst klares und objectives Bild der gesammten Finanzlage des Reiches zu entwerfen, wie sich selbe sowohl in der currenten Gebahrung, als in Erfüllung der noch aus dem Vorjahre 1866 herstammenden, jetzt erst zur Austragung kommenden Verbindlichkeiten bis zum Schlusse des Jahres 1867 herausstellen wird.
Die Resultate fassen sich, wie folgt, in kurzem zusammen:
Die Ausgaben für den Dienst des Verwaltungsjahres 1867 werden im Staatsvoranschlage präliminirt mit 433,896.000 fl.
die im Jahre 1867 einfließenden Einnahmen der currenten Gebahrung werden veranschlagt mit 407,297.000 fl.
Es ergibt sich daher in der currenten Gebahrung für das Jahr 1867 ein Abgang von 26,599.000 fl.
Aus dem Dienste des Vorjahres sind noch zu bestreiten 51,034.000 fl.
Es bleiben also an Abgang des Jahres 1867 und für das Vorjahr 1866 zu bedecken 77,633.000 fl.
Dagegen stehen der Finanzverwaltung theils an bereits vorräthigen Barmitteln, theils an realisirbaren Resten der mit den Gesetzen vom 5. Mai und 25. August 1866 geschaffenen außerordentlichen Ressourcen zur Verfügung 79,495.000 fl.
Es werden demnach nach Abstattung aller currenten und aus dem Vorjahre 1866 herrührenden Verbindlichkeit noch am Schlusse 1867 1,862.000 fl. erübrigen.
Zur Erläuterung erlaube ich mir zunächst einen Rückblick auf die finanziellen Ergebnisse des Verwaltungsjahres 1866 zu werfen.
Das Finanzgesetz für das Jahr 1866 war, wie ich in meinem allerunterthänigsten Einbegleitungsvortrage vom 29. December 1865 ausdrücklich hervorzuheben mir erlaubte, auf die Erhaltung des Friedens berechnet.
Leider ist diese Voraussetzung nicht zugetroffen. Schon vor dem Ausbruche des Krieges hatten sich die Staatseinnahmen sehr ungünstig gestaltet. Ungeachtet im Staatsvoranschlage 1866 der Bruttoertrag der Einnahmen um 23,770.000 fl. geringer als jener des Vorjahres 1865 angesetzt worden war, so sind nach den Gebahrungsausweisen der Obersten Rechnungscontrollbehörde in den Monaten Jänner bis incl. Mai 1866 doch noch die directen Steuern um 12 Mill. und die indirecten Steuern um 5 Millionen Gulden unter dem Voranschlag geblieben.

Die Ursachen dieses Rückganges waren theils: allgemeine Zerrüttung der wirthschaftlichen Zustände, langjährige Stockung des Handels und der Industrie, Zurückbleiben des Eisenbahnwesens, Verarmung des Grundbesitzes, Knappheit der Geldcirculationsmittel, Schwäche der Capitalskraft, der Credits- und Consumtionsfähigkeit, theils waren sie mehr örtlicher Natur. In der Bukovina und Ostgalizien Hungertyphus und Nothstand, in Ungarn die Nachwirkung der letzten Mißjahre und niedrigste Getreidepreise, in den innerösterreichischen Alpenländern in Folge des Darniederliegens der Eisenindustrie zunehmende Armuth. Die unerhörten Spätschneen schienen das Maß des Elends zu erfüllen, in ganzen Culturzonen wurde die Hoffnung des Ernteseigens vernichtet und die Steuerkraft gelähmt. Beim Ausbruche des Krieges waren nur Böhmen, Mähren und Schlesien steuerfähig und diese Länder traf dann die Geißel der Invasion. Die weiteren Einwirkungen der feindlichen Occupation und der in ihrem Gefolge eintretenden Stockung des Verkehrs und der Production auf die Steuererträge lassen sich in ihrer vollen Ausdehnung jetzt noch nicht ziffermäßig darstellen, sie werden zwar durch die relativ günstigeren Ergebnisse des letzten Jahresviertels etwas gemäßigt, sind aber jedenfalls der Art, daß im Ganzen ein höchst bedeutender Ausfall in den Staatseinnahmen des Jahres 1866 gegen den Voranschlag angenommen werden muß.
(Fortsetzung folgt.)
Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben an den Kriegsminister zu erlassen geruht:
Ich billige den Mir vorgelegten Entwurf eines Wehrgesetzes in allen seinen Theilen, finde Mich jedoch nach Anhörung Meines Ministerrathes bestimmt, denselben der verfassungsmäßigen Behandlung vorzubehalten.
Bei der dringenden Nothwendigkeit der Erhöhung der Wehrkraft Meines Reiches aber genehmige Ich, daß die Mir vorgelegte Verordnung betreffend einige Aenderungen an dem Heeresergänzungsgeetze vom 29. September 1858 in Vollzug gesetzt werde.
Ich ermächtige Sie, Ihren vorliegenden Vortrag, so wie den Entwurf zum Wehrgeetze und für das allgemeine Wehraufgebot, zu veröffentlichen.
Wien, am 28. December 1866.
Franz Joseph m. p.
Kaiserl. Verordnung vom 28. Dec. 1866
betreffend einige Aenderungen an dem Heeresergänzungsgeetze vom 29. September 1858.
Wirksam für das ganze Reich mit Ausnahme der Militärgrenze.
In Erwägung der durch die Erfahrung nachgewiesenen dringenden Nothwendigkeit, zur Erhöhung der Wehrkraft des Reiches Aenderungen an dem Heeresergänzungsgeetze vom 29. September 1858 vorzunehmen, finde Ich, vorbehaltlich der künftigen definitiven Regelung der Heeresergänzung im verfassungsmäßigen Wege, nach Anhörung Meines Ministerrathes anzuordnen, wie folgt:
In den Bestimmungen des Heeresergänzungsgeetzes vom 29. September 1858 sollen nachstehende Aenderungen eintreten und zwar:
1. Die im § 3 zu b geforderte Körpergröße hat in neunundfünfzig Zoll Wiener Maß für alle Altersclassen zu bestehen.
2. Die im § 2 bestimmte Pflicht zum Eintritte in das Heer wird auf drei Jahre herabgesetzt.
3. Der § 5 wird aufgelassen und dafür bestimmt, daß sämtliche Stellungspflichtige der 1., 2. und 3. Altersklasse, welche zu Kriegsdiensten tauglich befunden werden, unbedingt in das Heer einzureihen sind.
Jeder Waffengattung und jedem Truppenkörper werden die hiefür am meisten Geeigneten, mit thunlichster Beachtung der Wünsche der Gestellten, zugewiesen.
Der nach vollständiger Deckung des Bedarfes für die Specialwaffen erübrigende Rest sämtlicher Eingereichten ist zu dem Ergänzungsbezirkregimente einzutheilen und, nach Ausscheidung der normalmäßig zu Beurlaubenden (Punkt 9), nach der Losreihe für den längeren Präsenzstand bei der Truppe, für die Abrechnung oder für die dauernde Beurlaubung bis zum Eintritte der Nothwendigkeit der Einberufung, zu bestimmen.
4. Die im § 6 festgesetzte Dienstpflicht im Heere wird auf sechs Jahre in der Linie und sechs Jahre in

der Reserve abgeändert, von welchen letzteren drei Jahre zur ersten und drei Jahre zur zweiten Reserve gehören.

Die in der ersten und die in der zweiten Reservepflicht stehenden Männer bilden die eigentliche Feld-, beziehungsweise Operationsarmee.

Die aus den Männern der zweiten Reserve im Kriege geschaffenen Abtheilungen haben hauptsächlich die Bestimmung zu Befugungen innerhalb der Grenzen des Reiches; sie können jedoch im Falle der Nothwendigkeit auch außerhalb der Reichsgrenze verwendet werden.

5. Die im § 7 enthaltene Beschränkung bei Ertheilung von Reisebewilligungen hat auch auf die dritte Altersklasse Anwendung.

6. Das Verbot der Verheirathung im § 8 gilt künftig auch für jene, welche die dritte Altersklasse noch nicht überschritten haben.

7. Inländer, welche nach Vollendung der Studien an einem öffentlichen oder mit dem Rechte der Oeffentlichkeit ausgestatteten Obergymnasium, einer Oberrealschule oder einer denselben gleich- oder höher gestellten Lehranstalt freiwillig in das Heer eintreten und sich sowohl im Fortgange, als auch im sittlichen Betragen mit guten Zeugnissen ausweisen, sind:

- im Frieden nur verpflichtet, ein Jahr bei der Fahne zu dienen, können dann ihrem sonstigen Lebensberuf folgen und werden während ihrer ferneren Einien- dienstverpflichtung von jeder Waffenübung losgejährt;
- nach Ablauf dieses Jahres, wenn sie sich der für Reserve-Officiere festgestellten Prüfung mit gutem Erfolge unterziehen, wird bei den Ernennungen zu Reserve-Officiern auf sie besonders Rücksicht genommen, in welchem Falle sie aber während der weiteren Dauer ihrer Heerespflicht drei Herbstwaffenübungen als Officiere mitzumachen haben.

Auch andere gebildete Männer, welchen aus Ursache ihres Lebensberufes im Frieden die Rücksicht der Beurlaubung im weitesten Umfange zu Theil werden soll, können, wenn sie sich die Kenntnisse für einen Reserve-Officier angeeignet und die Prüfung gut abgelegt, endlich eine Herbstwaffenübung auf einem Officiersplatze mit befriedigendem Erfolge mitgemacht haben, zu Reserve-Officiern ernannt werden. Für sie erwächst dann hieraus nur die Verpflichtung zu zwei ferneren Herbstwaffenübungen als Officiere.

Im Kriege sind die Reserve-Officiere je nach ihrer Einien- oder Reservendienstpflicht im Heere entweder zur theilweisen Deckung der Abgänge bei den Abtheilungen der operirenden Armee oder in den aus der zweiten Reserve gebildeten Abtheilungen zu verwenden.

8. Die im § 13 zu aa festgesetzte Bedingung wird auf die Einien- und Reservendienstpflicht und die erste Reserve beschränkt. Die in diesem Paragraphen zu 4 zugestandene Befreiung hat erst nach Ueberschreitung der dritten Altersklasse einzutreten.

9. Die in den §§ 18 bis einschließig 21 zugestandenen Befreiungen von der Pflicht zum Eintritt in das Heer hören auf. Die dauernde Beurlaubung unter normalen Verhältnissen haben jedoch zu erhalten:

- Die Beamten des Staates mit Einschluß der beiderseitigen Conceptprakticanten, der Auscultanten und der beiderseitigen Censeen der Staatsbehörden;
- die Beamten der kaiserlichen Privat-Familien- und Witticallfondsgüter, die Beamten der öffentlichen Fonds, der Landes- und Bezirksvertretungen, der Municipien und der mit der politischen Verwaltung betrauten Gemeinden, wenn für die Dienststellen dieser Beamten zu a und b der Nachweis der Vollendung der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien erfordert wird;
- die Professoren und Lehrer an öffentlichen oder mit dem Rechte der Oeffentlichkeit ausgestatteten Unterrichtsanstalten mit Einschluß der Volksschulen, wenn sie von der Schulbehörde bleibend angestellt sind;
- die an österreichischen Universitäten graduirten Doctoren aller Facultäten, dann die diplomirten Advocaten und öffentlichen Notare;
- die ordentlich und öffentlich Studirenden an einem Obergymnasium, einer Oberrealschule oder einer denselben gleich- oder höher gestellten Lehranstalt, wenn sie mit den betreffenden Studienzeugnissen über ein tadellos sittliches Betragen und in den Hauptgegenständen mit Vorzugsclassen sich ausweisen, ferner die Doctoranden und die Lehramtskandidaten für Gymnasien und Realschulen;
- die Besitzer größerer Gewerbs- und Handelsunternehmungen, wenn ihre Anwesenheit zum Fortbetriebe des Geschäftes nothwendig ist;
- die Eigenthümer von erblichen Landwirthschaften, wenn sie auf selben den ordentlichen Wohnsitz haben, ihre Bewirthschaftung selbst besorgen und das Grundeinkommen der Wirthschaft zur selbstständigen Erhaltung einer Familie von fünf Personen zureicht, ohne das Vierfache eines solchen Ertrages zu überschreiten.

Solche dauernd Beurlaubte werden während der ersten drei Jahre ihrer Dienstzeit auf je fünf Wochen zum Behufe der militärischen Ausbildung, außerdem nur bei drohendem Kriege oder Ausbruch desselben einberufen.

10. Die dauernd beurlaubte so wie Reservemannschaft steht bis zu ihrer Einberufung zur Fahne sowohl

in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten als auch in Strafsachen, insofern sie sich keines Militärverbrechens oder Vergehens schuldig gemacht hat, unter der ordentlichen Civiljurisdiction.

Auch steht, wenn sie die dritte Altersklasse überschritten hat, ihrer Verheirathung, jedoch unbeschadet ihrer Heeresdienstpflicht, kein Hinderniß aus Ursache des Militärverbandes entgegen.

11. Eine Befreiung durch Erlag der Befreiungstaxe wird nicht gestattet.

Wer seine Dienstpflicht im Heere bereits erfüllt hat, wird jedoch als Stellvertreter für seinen zur Stellung berufenen Bruder oder, falls selber bereits im Heere dient, zur Erfüllung der diesem noch obliegenden Heeresdienstpflicht zugelassen.

12. Der § 31 ist im Sinne des vorstehenden Punktes 11, der § 33 im Sinne des Punktes 3 zu modificiren.

13. Die Stellung von Nachmännern nach § 34 hat zu entfallen, ebenso die Stellung von Ersätzen nach § 43.

14. Die Entlassung aus dem Heere vor vollendeter Dienstzeit wird auch einem in der zweiten Reserve Dienenden bewilligt, wenn dessen einziger Bruder in das Heer eingereicht worden ist und von dem Reservemann die Erhaltung seiner Eltern, Großeltern oder Geschwister abhängt.

15. Die bezüglich der Heeresergänzung für Tirol, für die Stadt Triest und deren Gebiet so wie für den Kreis Cattaro und das Festland von Ragusa in Rücksicht ihrer speciellen Leistungen bisher gestatteten Ausnahmen bleiben bis auf weiteres unberührt.

16. Der definitiven Regelung des Heeresergänzungswesens bleibt auch die Feststellung und gesegelte Durchführung des Grundgesetzes vorbehalten, die Wehrkraft des Reiches durch Errichtung eines allgemeinen, sich an die zweite Reserve anschließenden und zur Landesvertheidigung bestimmten Wehraufgebotes auf die den Zeitverhältnissen entsprechende Höhe zu bringen.

Mit dem Vollzuge dieser Verordnung, welche vom Tage der Kundmachung in Wirksamkeit zu treten hat, werden die betreffenden Centralbehörden betraut und ermächtigt, die erforderlichen Anordnungen zu deren Durchführung so wie für den Uebergang von den bisher gültigen zu den neuen Bestimmungen zu erlassen.

Wien, am 28. December 1866.

Franz Joseph m. p.

Graf Belcredi m. p. Freiherr v. John m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:

Bernhard Ritter v. M e h e r m. p.

Am 30. December 1866 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die Stücke LXVI. und LXVII. des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Das LXVI. Stück enthält unter Nr. 175 den Erlaß des Finanzministeriums vom 27. December 1866, womit die Ausgabe von Staatsnoten zu Einem Gulden österreichischer Währung zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, — gültig für das ganze Reich.

Das LXVII. Stück enthält unter Nr. 176 das Finanzgesetz für das Jahr 1867 vom 28. December 1866, — gültig für das ganze Reich.

Am 31. December 1866 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien zu dem abgelaufenen Jahrgange 1866 des Reichsgesetzblattes das Titelblatt und ein doppeltes Repertorium ausgegeben und versendet, von welchen das erste Repertorium chronologisches und das zweite ein alphabetisches Verzeichniß der Gesetze und Verordnungen enthält, welche in den im abgelaufenen Jahrgange 1866 ausgegebenen LXVII. Stücken des Reichsgesetzblattes kundgemacht wurden.

(Br. Ztg. Nr. 316 v. 30. December.)

Nichtamtlicher Theil.

Zaibach, 2. Jänner.

Die letzten Tage des Jahres 1866 haben uns wichtige amtliche Publicationen gebracht, das Finanzgesetz für das Jahr 1867 und die kaiserliche Verordnung vom 28. December 1866, betreffend einige Änderungen an dem Heeresergänzungsgesetze vom 29. September 1858.

Wir bringen die Haupttheile des Finanzgesetzes in unserem amtlichen Theile, und es erübrigt uns daher nur, hier einen Blick auf die Resultate des abgelaufenen Finanzjahres zu werfen.

Das Finanzgesetz für das Jahr 1866 war auf die Erhaltung des Friedens berechnet.

In Folge des Krieges fand aber eine enorme Ueberschreitung des Präliminars statt. Ueber das im Finanzgesetz für 1866 festgesetzte Militärbudget wurde dem Kriegsministerium für die Armee und die Flotte zusammen seit Anfang Mai ein außerordentlicher Credit von 164,551.000 fl. bewilligt. Ueberbries wurden dem ungarischen Landesfonde zur Bekämpfung des in Folge der verderblichen Maifrostes in mehreren Comitaten eingetretenen Nothstandes 4,500.000 fl. als Vorschuß bewilligt, auf Kriegsschadenersvergütungen 5,117.000 fl. bereits flüssig gemacht und an einzelne Eisenbahnunternehmungen Vorschüsse geleistet, welche im Ganzen 18,225.000 fl. betragen werden, von welcher Summe auch ein Theil bereits flüssig gemacht wurde. Es wurden deshalb außerordentliche Hilfsmittel nöthig, um den gewaltigen Abgang zu bedecken.

Um diese Mittel herbeizuschaffen, wurde zur Erhöhung der schwebenden Schuld bis auf 400 Millionen Gulden geschritten, außerdem die Negocirung einer fundirten 5perc. Schuld in effectiven Beträgen von 50 Millionen Gulden beschloffen und mit der von Italien erhaltenen Entschädigungssumme die Kriegskostenentschädigung an Preußen bezahlt.

Von diesen außerordentlichen Hilfsquellen sind noch nicht alle völlig erschöpft; es sind nämlich noch von der schwebenden Schuld an Staatsnoten 15,205.000 fl. übrig und von dem steuerfreien 5perc. Anlehen noch 32 Millionen verfügbar. Dazu kommt noch die durch den Bedarf des Kleinverkehrs nothwendig gewordene Emission von 4 Millionen Gulden in Münscheinen und ein Barfonds der Centralcassa in der Höhe von 28,290.000 fl.

Aus dem Finanzjahre 1866 nimmt somit das Finanzministerium in das Verwaltungsjahr 1867 eine verfügbare Summe von 79,495.000 fl. herüber. Dazu kommt die mit dem Gesetze vom 24. April 1866 bewilligte Pfandbrief-Anleihe im Betrage von 60 Millionen Gulden oder effectiv wenigstens 40 Millionen Gulden, über welche noch keine Verfügung getroffen ist, und die in den verschiedenen kleineren Cassen erliegenden 30 bis 35 Millionen Gulden, welche in Folge der Reform des Cassenwesens mindestens zur Hälfte disponibel werden. Diesen Hilfsmitteln steht noch ein zu tilgendes Deficit aus dem scheidenden Jahre im Betrage von 51,034.000 fl. gegenüber.

Das Finanzministerium disponirt somit aus schon gesetzlich bewilligten Hilfsquellen und Cassabeständen über 83,461.000 fl., von denen aber, wie aus dem vorliegenden Berichte des Finanzministers hervorgeht, die 40 Millionen aus dem Pfandbrief-Anlehen zu einer wichtigen Finanzoperation bestimmt, die 15 Millionen aus den kleinen Cassabeständen aber zur Deckung unerwarteter Abgänge reservirt zu sein scheinen. Für die laufenden Bedürfnisse des Jahres 1867 erübrigen somit noch 28,461.000 fl., welche zur Bedeckung des Deficits von 26,599.000 fl. nicht nur vollständig genügen, sondern noch einen Ueberschuß von 1,862.000 fl. ergeben.

Da die Einnahmen um 50 Millionen Gulden niedriger angenommen sind, als im Vorjahre, und sogar um 10 Millionen geringer, als die realen Einnahmen der Verwaltungsjahre 1864 und 1865 nach Abschlag der auf Venedig entfallenden Quote, so dürften in der nächsten Finanzperiode die wirklichen Einkünfte hinter dem Präliminare schwerlich zurückbleiben, wenn weder der innere noch der äußere Friede gestört wird und keine anderen ganz besonders schweren Calamitäten über das Reich hereinbrechen. Dann dürften aber auch die vorhandenen Deckungsmittel ausreichen und eine neue Creditsbewilligung nicht nothwendig werden.

Die Finanzlage des Reiches stellt sich somit nach den schweren Schlägen des Jahres 1866 als eine verhältnißmäßig günstige dar. Zur Herstellung eines befriedigenden Zustandes werden zwar noch schwere Opfer, große Anstrengung erforderlich sein, allein Oesterreich hat sich schon aus traurigeren Verhältnissen neu gekräftigt wieder erhoben, und es wird hauptsächlich auf die Verherzigung des Spruches ankommen: „Valere aude“ (wage es gesund zu sein)!

Wer den Frieden will, muß für den Krieg rüsten, den Frieden wollen wir sicherlich, also müssen wir uns auch in achtunggebietenden Wehrstand setzen.

Diesem Bedürfnisse wird das neue Wehrgesetz entsprechen, dessen Entwurf laut vorgestricher „Wiener Zeitung“ die kaiserliche Genehmigung erhielt.

Da jedoch dieses Gesetz verfassungsmäßiger Behandlung vorbehalten bleibt, so sollen durch die kaiserliche Verordnung vom 28. December 1866 jene Veränderungen an dem Heeresergänzungsgesetze eingeführt werden, welche der Geist der Zeit, der Fortschritt unabweisbar fordert.

Die Hauptpunkte dieser Änderungen sind: Alle in den österreichischen Kronländern wehrfähigen Männer, die bisher zur ersten, zweiten und dritten Altersklasse eingerechnet wurden und körperlich nicht gebrechlich sind, werden gleichzeitig ausgehoben und haben sechs Jahre activ und sechs Jahre in der Reserve die Militärpflicht zu vollziehen, und müssen sich während der Reservezeit alljährlich zu den militärischen Übungen stellen; Herabsetzung der Pflicht zum Eintritt in das Heer auf drei Jahre; Trennung des Heeres in Linie und Reserve; Aufnahme von Freiwilligen mit einjähriger Dienstpflicht im Frieden und Loszahlung von jeder Waffenübung für die fernere (im Ganzen sechsjährige) Einien- und Reservendienstpflicht; Aufheben der Befreiungen, dagegen Einführung von dauernden Beurlaubungen.

Durch Einführung dieser neuen Heeresorganisation wird Oesterreichs Heer gewinnen, was ihm bisher bei aller Tapferkeit und Disciplin abging: vermehrten Zufluß an Intelligenz. Wissen ist Macht! unter dieser Devise wird Oesterreich künftig unbesiegbar sein!

Oesterreich.

Wien. Die „Deb.“ schreibt: Der Entwurf einer neuen Civilproceßordnung für die Länder dieses Reiches, von welchem wir schon neulich gesprochen haben, ist sämtlichen Advocatenkammern zur Begutachtung vorgelegt worden, und zwar mit einem Begleitschreiben des Herrn Justizministers, in welchem es heißt: Daß der Entwurf der Bundescommission zur

Rusland.

New-York, 20. December. Das Comité des Repräsentantenhauses für das Auswärtige beschloß, bei den kriegführenden Staaten Süd-Amerika's zu vermitteln. Ein Schreiben des Czaren an den Congress auf dessen Gratulation drückt die Hoffnung aus, daß die guten Beziehungen fortbauern werden. — Der Fieberanfall des Kaisers Maximilian hat nachgelassen, derselbe kehrt nach Mexico zurück.

Locales.

Seine kais. königl. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Handschreiben vom 10. December 1866 in Anerkennung der im Herzogthum Krain während der jüngsten Kriegeereignisse in hervorragender Weise bethätigten Treue und Loyalität und der allseitigen werththätigen Unterstützung der Maßnahmen der Regierung, sowie der Operationen der Armee; dann in Anerkennung der zahlreichen Acte opferwilligen Patriotismus und der liebevollen Theilnahme, mit welcher die verwundeten und erkrankten Krieger unterstützt und gepflegt wurden

Die Decorirte dankte mit gerührten Worten und Thränen im Auge für diese huldreiche Anerkennung, und bat ihren unterthänigsten Dank zu den Stufen des Thrones bringen zu wollen.

Der Herr Statthalter forderte nun die Versammlung auf, dem allergnädigsten Monarchen, der das Verdienst überall findet und belohnt, aus treuem Herzen und mit warmen Gefühle ein Hoch auszubringen, in das die Versammlung mit dem lebhaftesten Rufe einstimmte.

— Programm der am 6. d. M. um 10 Uhr Vormittag im Magistratssaale stattfindenden Generalversammlung des hiesigen Handlungsstratenvereines: Eröffnungsrede; Rechnungsabschluss; Bekanntmachung der mit dem Jahresbeiträge rückständigen Vereinsmitglieder; Directionswahl statt der neuer austretenden sieben Directionsmittelglieder, u. z. Jentl A., Baumgartner C., Zegner B., Loser, Bidic, Koceli J. und Petritsch, welche jedoch wieder wählbar sind; Wahl zweier Rechnungsrevidenten; Ballfrage; Besondere Anträge.

— Der Neujahrstag 1867 wurde durch abnormes Wetter inaugurirt; früh Morgens Blik, dann orkanartiger Plahregen, Vormittag andauernd, Mittags ein schöner Regenbogen und während des ganzen Tages Scirocco.

— Unser Landsmann Johann Klancnik aus Oberfrain, Elefantenjäger und Esenbeinhändler, der sich 13 Jahre in Centralafrika aufgehalten, war in Triest wegen Sklavenhandels mit Regern vor Gericht gestellt worden und wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit zu 6 Monaten schweren Kerkers verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil ergriff der Verurtheilte die Berufung an das k. k. Oberlandesgericht in Triest, welches ihn mit Erkenntnis vom 2. October l. J., Z. 4397, von der Anklage des besagten Verbrechens wegen Mangels an rechtlichen Beweisen freisprach und unter gleichzeitiger Losprechung von der Zahlung der Strafproceßkosten den über sein Schiff und die darauf befindlichen Gegenstände verhängten Sequester aufhob. Der gegen dieses freisprechende Erkenntnis von der k. k. Staatsanwaltschaft an den k. k. obersten Gerichtshof in Wien eingelegten Berufung wurde nicht statt gegeben, sondern vielmehr mit Erkenntnis vom 20. November l. J., Z. 10237, in letzter Instanz das oberlandesgerichtliche Urtheil vollinhaltlich bestätigt. Unter den Entscheidungsgründen wurde angeführt, daß zur Unterstützung der Verantwortung viele gewichtige Zeugnisse sprechen, welche sich ehrenvoll über dessen Ruf und untadelhaftes Vorleben während seines langen Aufenthaltes in der afrikanischen Gegenden, allwo er auch der katholischen Mission in Centralafrika durch mehrere Jahre gute Dienste leistete, äußern.

Neueste Post.

Frankreich soll zur Verständigung über die orientalische Frage eine Allianz zwischen Frankreich, England, Italien und Oesterreich vorgeschlagen haben. Nach anderen Nachrichten hätte Kaiser Napoleon die Souveräne von Preußen, Rußland, Oesterreich zu einem Congreß nach Paris eingeladen.

Die vollständige Einverleibung und Russifizierung Congreß-Polens ist von der russischen Regierung beschlossen. Polen soll selbst dem Namen nach zu existiren aufhören.

Der Krieg zwischen Griechenland und der Türkei hätte nach einem Telegramme der „Morgenpost“ bereits durch einen Zusammenstoß an der griechisch-thessalischen Grenze begonnen.

Wie das „Memorial diplomatique“ aus New-York vernimmt, haben sich die aus Europa zurückgekehrten Generale Miramon und Mendez noch Drizaba begeben, um dem Kaiser vorzustellen, daß seine Lage keineswegs eine verzweifelte sei, daß er sich mit den 10.000 Mann, die ihm zur Verfügung ständen, noch lange im Centrum des Reiches behaupten könnte, daß sie gegen Guerillas gegen Suarez organisiren würden u. s. w. Diese Vorstellungen und Schritte hätten auf die amerikanische Bevölkerung um so größeren Eindruck gemacht, als Miramon die meisten Chancen hätte, Präsident zu werden, wenn das Kaiserreich gestürzt würde.

Zum Pariser auswärtigen Amte soll die telegraphische Nachricht eingetroffen sein, daß Kaiser Maximilian in der Hauptstadt Mexico wieder angekommen ist.

Nach der „Estafette“ soll sich Suarez nach Saltillo begeben haben; wann, gibt das Blatt nicht an. Porfirio Diaz behandelt, wie die „Liberte“ erfährt, die Gefangenen von Daraca mit größter Rücksicht; es ist also wenigstens das Leben jener hundert Oesterreicher, die sich unter der Garnison dieses Plazes befunden haben, nicht gefährdet.

Die Einberufung des englischen Parlaments ist auf den 15. Februar beschlossen. Ungefähr um diese Zeit dürfte auch der Reichstag des norddeutschen Bundes zusammentreten.

In Baiern sollte Fürst Hohenlohe am gestrigen Tage die Leitung des Ministeriums übernehmen. Die „A. A. Ztg.“ folgert hieraus die Annäherung Baierns an Preußen, constatirt jedoch zugleich, daß dem Fürsten das allgemeine Vertrauen entgegenkomme.

Telegramme.

Wien, 31. December. Morgen 11 Uhr Vormittags wird eine aus dreißig Bürgern bestehende Deputation, unter Führung des Herrn Josef Hajos, Deak eine mit über 5000 Unterschriften versehene Adresse der Pesther Bürger überreichen.

Berlin, 31. December. Der „Staatsanzeiger“ publicirt die Gesetze vom 24. December betreffend die Vereinigung der Herzogthümer Holstein und Schleswig und die Vereinigung bairischer und großherzoglich hessischer Gebietstheile mit der preussischen Monarchie, ferner eine Verordnung vom 28. December betreffend die Einführung des Wahlgesezes für den Reichstag des Nordbundes in denselben Ländern.

München, 31. December. Fürst Hohenlohe wurde heute Abends zum Minister des Aeußern und des königlichen Hauses ernannt.

Florenz, 31. December. Ein königliches Decret ordnet die Eintragung von 1,300.000 Fr. in das öffentliche Schuldbuch für den Bau einer Eisenbahn in Ligurien an.

Paris, 31. December. Der „Abend-Moniteur“, die Verhaftungen mehrerer Deputirten in Madrid erwähnend, fügt hinzu, daß dieselben, wie man sagt, nach den Canarischen Inseln abgeführt werden. Die „France“ sagt, die Zahl der in Madrid versammelten gewesenen Deputirten, um an die Königin einen Protest zu richten, betrug 123. Die Regierung ließ die Anstifter verhaften und dieselben nach den Präsidios Porto Rico und den canarischen Inseln abführen.

Madrid, 30. December. Mehrere Deputirte haben in einer Versammlung eine Adresse an die Königin abgefaßt. Rios Rosas, Salaverria, Fernandez, de la Hoz und Robert haben einen directen Schritt gemacht, um zur Ueberreichung der Adresse zugelassen zu werden. Da dieser Vorgang ein unregelmäßiger ist, so hat die Regierung kraft ihrer Vollmachten diese Deputirten von der Halbinsel entfernt. Kein Senator hat sich dieser Manifestation angeschlossen.

Madrid, 31. December. Die Cortes wurden aufgelöst und die Wahlen auf den 10 März ausgeschrieben. Die Cortes werden am 30. März zusammentreten.

St. Petersburg, 31. December. Der „Russische Invalide“ und das „Journal de St. Petersburg“ reproduciren den Artikel der „Times“ über die candidate Frage, das englische Blatt zur Gemeinsamkeit der Ideen in Betreff des Orients beglückwünschend. Beide Blätter sagen, daß Europa, nachdem diese Frage zwischen Türken und Christen einmal besteshe, das Princip der Nichtintervention beobachten sollte.

Constantinopel, 30. December. (Direct.) Frankreich ertheilte der Pforte confidenciellement den freundschaftlichen Rath, die Forderungen Serbiens zu erfüllen, überhaupt ihre slavischen Bevölkerungen zufriedenzustellen. Auf Candien zwischen den Insurgenten und kaiserlich türkischen Truppen fortwährend hartnäckige Gefechte. Die Insurrection, durch Freiwillige verstärkt, macht neue Anstrengungen, den Kampf fortzusetzen.

Bukarest, 31. December. In der Kammer wurde der Antrag gestellt: Wegen der Misgernte und großen Theuerung den Bauern die Zahlung auf die Ruralbonds für drei Jahre zu erlassen. Die Ruralbonds sind in Folge dessen bedeutend gefallen.

Telegraphische Wechselcourse vom 31. December.

Spec. Metalliques 57.50. — Spec. Metalliques mit Mais und November-Zinsen 61.20. — Spec. National-Anlehen 66.90. — Bankactien 715. — Creditactien 149.80. — 1860er Staatsanlehen 81.70. — Silber 129.50. — London 130.60. — St. L. Ducaten 6.19.

Angekommene Fremde.

Am 28. December.

Stadt Wien. Die Herren: Boita, Kaufmann, von Wien. — Zmreker, Commis, von Oberlaibach.

Elephant. Die Herren: Ranzinger, Grundbesitzer, aus Sacerbrun. — Stredl, Kaufmann, von Görz. — Schufnig, k. k. Hauptmann, aus Pola. — Pollat, Fabricant, von Neumastl. — Baron Reizenstein, Herrschaftsbesitzer, von Thurn. — Sartori, von Steinbrich. — Baskisto, Inspector, von Triest. — Ben Muro, Private, aus Italien.

Möyren. Die Herren: Schneider. — Orvasy, Privatier, aus Ungarn.

Am 29. December.

Stadt Wien. Die Herren: Stumpfl, Kaufmann, von Triest. — Cesnovar, Realitätenbesitzer, von Villachgraz. — Urbaneg, Handelsmann, von Tirol.

Elephant. Die Herren: Schölar, Amtsdienet, von Feistritz. — Paller, k. k. Statthalterialrath, von Graz. — Hachner, Handelsagent, von Wien.

Wiber Mann. Herr Cononiet, Schiffscapitän, v. Cherso. — Herr Dworschak, Rechnungsabstufeldweibel, v. Triest.

Theater.

Heute Mittwoch den 2. Jänner:

Die deutschen Comedianten.

Drama in 5 Acten von Mosenthal.

Morgen Donnerstag den 3. Jänner:

Robert der Teufel.

Große Oper in 5 Acten von Meyerbeer.

Metorologische Beobachtungen in Laibach.

December	Beobachtung	Barometerstand in Pariser Einheiten auf 10° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Pariser Einheiten
31.	6 Uhr Mg.	321.33	+ 4.3	SW. schwach	trübe	
	2 „ „	320.67	+ 5.1	SW. mäßig	Regen	11.70
	10 „ „	320.66	+ 4.5	SW. mäßig	Regen	
1.	6 Uhr Mg.	319.59	+ 6.8	SW. heftig	f. ganz bew.	9.60
	2 „ „	318.92	+ 7.8	SW. heftig	trübe	
	10 „ „	320.12	+ 4.8	SW. mäßig	Regen	

Da Jahr 1866 schloß mit einem trübem regnerischen Tage ab. Um 7 Uhr intensives Morgenroth, untertags schwere Regenschauern, welche zu wiederholten malen die Tageshelle verfinsterten. Starke Kälte. — In der Neujahrnacht grelle Blitze in SW. Den 1. Jänner heftiger stürmischer SW., den ganzen Tag anhaltend, vor starken Glüssen begleitet. Gegen Mittag Hagel. Einzelne Sonnenfäden und Regenbogen. Gegen Abend legte sich der Wind.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmadr.

Dankagung.

Für die so zahlreiche Theilnahme an dem Leichbegängnisse unserer innigst geliebten Tochter

Franziska

sprechen wir hiemit allen Freunden und Bekannten, insbesondere noch dem Männerchore der Citalnica, so wie auch den Trägern der Leiche und den Herren Fastträgern den wärmsten Dank aus.

Die betrübteten Eltern

Alois u. Franziska Ruda.

Börsenbericht. Wien, 29. December. Zinstragende Staatsfonds, Lose und Industriepapiere stellten sich etwas billiger, indeß sich Deisen und Baluten um 1 % vertheuerten. Geld flüssig. Geschäft beschränkt.

Öffentliche Schuld.		Geld	Waare	Geld		Waare
Zu d. W. zu 5pCt. für 100 fl.	52.85	53. —	Salzburg	5%	85. —	—
Zu österr. Währung steuerfrei	56.80	57. —	Böhmen	5%	84. —	85. —
1/2 Steuerausl. in d. W. v. J.			Mähren	zu 5%	81. —	83. —
1864 zu 5pCt. rückzahlbar	89. —	89.20	Schlesien	5%	87. —	88. —
1/2 Steuerausl. in d. W. v. J.			Steiermark	5%	85.50	86. —
1864 zu 5pCt. rückzahlbar	86.10	86.25	Ungarn	5%	68.75	69.50
Silber-Anlehen von 1864 . . .	74. —	74.50	Temeser = Banat	5%	67.50	68. —
Silberanl. 1865 (Pres.) rückzahlb.			Kroatien und Slavonien	5%	75.25	75.75
in 37 Jahr. zu 5 pCt. 100 fl.	78. —	78.50	Galizien	5%	64.75	65.25
Nat.-Anl. mit Zins-Comp. zu 5%	67.40	67.50	Siebenbürgen	5%	64.50	65. —
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	67.15	67.25	Bukovina	5%	64.25	64.75
Metalliques	57.60	57.70	Ung. m. d. B. = C. 1867	5%	66. —	66.50
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	61. —	61.20	Tem. B. m. d. B. = C. 1867	5%	65. —	65.50
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	50. —	50.50	Aktien (pr. Stück).			
Mit Verlosf. v. J. 1839	135. —	135.50	Nationalbank		712. —	714. —
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	75. —	75.50	K. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. C. M.		1540. —	1545. —
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	81.50	81.60	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.		150.30	150.50
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	88.25	88.75	R. d. Escompt.-Ges. zu 500 fl. d. W.		608. —	610. —
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	73.40	73.50	S. = C. = G. zu 200 fl. C. M. o. 500 fr.		206.70	207. —
Como-Rentenfch. zu 42 L. austr.	20. —	20.50	Kais. Elif. Bahn zu 200 fl. C. M.		131.75	132. —
B. der Kronländer (für 100 fl.)	Gr. = Entf. = Oblig.		Silb.-Nordb. Ver. = B. 200		114.50	114.75
Niederösterreich	zu 5%	83.50	Silb. St. = L. ven. u. z. = i. E. 200 fl.		200.50	201. —
Oberösterreich	5%	85. —	Gal. Karl-Lud. = B. zu 200 fl. C. M.		215. —	215.50

	Geld	Laare			Geld	Laare
Böhm. Westbahn zu 200 fl. .	155.—	15.50	Clary	zu 40 fl. C.M.	24.—	25.—
Deft. Don.-Dampfsch.-Ges. .	468.—	47.—	St. Genois	" 40 " "	23.50	24.—
Oesterreich. Lloyd in Triest .	173.—	15.—	Wundischgrätz	" 20 " "	16.—	17.—
Wien-Dampfm.-Akt. 500 fl. d. W.	470.—	45.—	Waldstein	" 20 " "	20.50	21.—
Pester Kettenbrücke	338.—	34.—	Keglevich	" 10 " "	12.—	13.—
Anglo-Austria-Bank zu 200 fl.	84.25	8.75	Rudolf = Stiftung	10 " "	12.—	12.50
Leimberger Cernowitzer Actien .	179.50	19.—				
				W e c h s e l .		(3 Monate.)

Pfandbriefe (für 100 fl.)		Geld	Waare
National- 10jährige v. J. . . .		105. —	—
Bank auf 1857 zu	5%	97.20	9.50
C. M. verlosbare	5%	92.70	9.90
Nationalb. auf d. W. verlosb. 5%		85. —	8.50
Ung. Bod.-Kred.-Anst. zu 5% . .			
Allg. öst. Boden-Kredit-Anstalt			
verlosbar zu 5% in Silber . . .		103. —	10. —

Lose (pr. Stück.)		Geld	Waare
Kred. = A. f. S. u. G. z. 100 fl. d. W.		128.50	12.75
Don.-Dampfsch.-G. z. 100 fl. C. M.		81.50	8.50
Stadtgem. Ofen	40 „ d. W.	23. —	2. —
Esterhazy	40 „ C. M.	—	—
Salin	40 „ „	29.50	3. —
Pallffy	40 „ „	22. —	2. —

Cours der Geldsorten		Geld	Waare
R. Münz = Dukaten	6 fl. 19 kr.	6 fl. 20 kr.	
Napoleonsd'or	10 „ 46 „	10 „ 46 1/2 „	
Russ. Imperials	10 „ 72 „	10 „ 73 „	
Verinssthaler	1 „ 94 1/2 „	1 „ 95 „	
Silber	129 „ —	129 „ 50 „	
Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Privatnotierung: 82 Geld, 86 Waare.			